

Niederschrift

Sitzung des Stadtrates

Sitzungstermin: Dienstag, 13.08.2019
Sitzungsbeginn: 17:30 Uhr
Sitzungsende: 21:25 Uhr
Ort, Raum: Großer Sitzungssaal des Neuen Rathauses, Brauerstr. 5, 66663 Merzig

Anwesend

Vorsitz

Marcus Hoffeld, Bürgermeister

CDU-Fraktion

Alexander Boos	CDU
Johannes Ehm	CDU
Dr. Detlef Nikolaus Hans	CDU
Simon Tinnes	CDU
Ulrike Biermann	CDU
Doris Darimont-Doll	CDU
Matthias Görgen	CDU
Manfred Klein	CDU
Axel Ripplinger	CDU
Angelika Conrad	CDU
Stefan Dorbach	CDU
Therese Schmitt	CDU
Hans-Joachim Horf	CDU
Thomas Klein	CDU
Jürgen Auweiler	CDU
Dr. Manfred Kost	CDU
Maria Bänsch	CDU

SPD-Fraktion

Martin Dyck	SPD
Tina Fischer	SPD
Wolfgang Klose	SPD

Caroline Ney	SPD
Silvia Prinz	SPD
Manfred Klein	SPD
Nikolaus Lorenz	SPD
Martina Holzner	SPD
Giuseppe D`Auria	SPD
Arndt Oehm	SPD
Sebastian Palz	SPD

Fraktion B'90/Die Grünen

Elina Santo	Bündnis '90/DIE GRÜNEN	bis 18.44 Uhr
Heinz Temmes	Bündnis '90/DIE GRÜNEN	
Johannes Weiten	Bündnis '90/DIE GRÜNEN	
Klaus Borger	Bündnis '90/DIE GRÜNEN	

DIE LINKE-Fraktion

Hannah Spanier	DIE LINKE
Frank Hackenberger	DIE LINKE

AfD-Fraktion

Jörg Ulrich Gruhn	AfD	
Dieter Leistenschneider	AfD	bis 18.25 Uhr

FWM-Fraktion

Hermann Schuh	FREIE WÄHLER Merzig
Bernhard Morbe	FREIE WÄHLER Merzig

fraktionslos

Karsten Thomaser	FDP
------------------	-----

Verwaltung

Thomas Klein
Margret Tornikidis
Daniel Barth
Dieter Ernst, Erster Beigeordneter
Nicole Leinen
Lydia Müller
Werner Gasper
Hermann Friedrich
Arno Jung
Berthold Schreiner

Thomas Neusius
Vera Braun

Tagesordnung

Öffentlicher Teil

- Eröffnung der Sitzung
- 1 Bürgerfragestunde
 - 2 Verpflichtung der Mitglieder des Stadtrates
 - 3 Bildung von Fraktionen und Benennung der Fraktionsvorsitzenden und deren Stellvertreter/innen 2019/121
 - 4 Änderung der Geschäftsordnung des Stadtrates 2019/058
 - 5 Bildung von Ausschüssen und deren Besetzung 2019/120
 - 6 Bestellung der Mitglieder und deren Stellvertreter/innen für weitere Gremien 2019/122
 - 7 Beschlussfassung über die Zahl der Beigeordneten 2019/124
 - 8 Wahl der ehrenamtlichen Beigeordneten und Festsetzung der Reihenfolge 2019/125
 - 9 Auslagenersatz für die Mitglieder des Stadtrates, die Stadtratsfraktionen, die ehrenamtlichen Beigeordneten, die Ortsratsmitglieder und Ortsvorsteher/innen 2019/123
 - 10 Mitteilungen, Anfragen und Anregungen

Protokoll

Öffentlicher Teil

Eröffnung der Sitzung

Der Vorsitzende eröffnet die Sitzung und stellt fest, dass form- und fristgerecht geladen wurde. Das Gremium ist beschlussfähig versammelt.

Bürgermeister Hoffeld führt aus, dass bei der Kommunalwahl am 26. Mai 2019 20 erneut kandidierende Ratsmitglieder wiedergewählt wurden; neu in den Stadtrat gewählt wurden 19 Mitglieder. Er begrüßt die neuen Mitglieder.

Von der CDU-Fraktion: Dr. Detlef Nikolaus Hans, Alexander Boos, Simon Tinnes, Maria Bänsch, Johannes Ehm.

Von der SPD-Fraktion: Martin Dyck, Wolfgang Klose, Tina Fischer, Caroline Ney, Silvia Prinz, Sebastian Palz.

Von den Grünen: Elina Santo, Johannes Weiten, Heinz Temmes.

Von den Linken: Hannah Marlen Spanier.

Von der AfD: Jörg Ulrich Gruhn, Dieter Leistenschneider.

Von den Freien Wählern Merzig: Hermann Schuh.

Von der FDP: Karsten Thomaser.

Von den 39 Sitzen im Stadtrat entfallen auf die CDU-Fraktion 17, die SPD-Fraktion 11, die Grünen 4, die Linke, die AfD und die Freien Wähler jeweils 2 Sitze sowie auf die FDP 1 Sitz.

Bürgermeister gratuliert allen Mitgliedern zu ihrer Wahl sehr herzlich und heißt insbesondere die neu gewählten Mitglieder willkommen. Die Wahl des Stadtrates sei ein Vertrauensbeweis, und zugleich stelle die Übernahme dieses Ehrenamtes eine große Verpflichtung dar. Nachdem die Kommunalwahlen vorbei seien, die Bürger ihre Entscheidung getroffen hätten, müsse man nunmehr zur sachlichen Arbeit im Sinne und zum Wohle der Kreisstadt Merzig zurückfinden. Die ehrenvolle Aufgabe, die alle Stadtverordneten durch die Mitgliedschaft in der Gemeinschaft dieses Stadtrates übernommen hätten, erfordere besondere Verantwortung. Sie hätten ihr Ehrenamt pflichtbewusst und uneigennützig zum Wohle unserer Stadt und ihrer Bürgerinnen und Bürger auszuüben. Grundlage und Ziel unserer Arbeit müsse es sein, das Vertrauen der Bürger zu rechtfertigen und – wo es verlorengegangen sei – wiederzugewinnen.

Das Geschehen in einer Stadt, die Arbeit im Rathaus, die vielfältigen öffentlichen Aufgaben, würden sich unter den Augen einer kritischen Öffentlichkeit vollziehen und würden getragen vom vertrauensvollen Zusammenwirken der beiden Organe der Stadt, dem Stadtrat und dem Bürgermeister. Beide Organe würden nicht in Konkurrenz zueinander treten, sondern hätten die Pflicht zur loyalen, konstruktiven Zusammenarbeit.

Die Ausgestaltung dieser Zusammenarbeit sei wesentlich für den kommunalpolitischen Erfolg unserer Arbeit. Für Rat und Bürgermeister bestehe die zwingende Notwendigkeit, loyal und vertrauensvoll zusammenzuarbeiten.

Nur in einem sachlichen, fairen und konstruktiven Miteinander aller Beteiligten liege der Schlüssel zum Erfolg, der die Voraussetzungen schaffe für eine gute Entwicklung unserer Stadt. Die herausgehobene verfassungsrechtliche Stellung der Parteien sei kein Selbstzweck. Vielmehr hätten sie eine dienende Funktion, nämlich in unserem Fall das Wohl unserer Bürgerinnen und Bürger sowie der gesamten Stadt zu fördern. Er wünsche sich, so der Bürgermeister, dass dies die Maxime des Handelns bleibe.

Vor Eintritt in die Tagesordnung weist der Vorsitzende auf einen Antrag der Fraktionen B90/Die Grünen – LINKE – FWM und des FDP-Mitglieds vom 9.8.2019 auf Absetzung des Tagesordnungspunktes 4: „Änderung der Geschäftsordnung“ und Vorberatung im Hauptausschuss hin.

Ratsmitglied Borger (B90/Die Grünen) weist darauf hin, dass die Geschäftsordnung in sehr vielen Punkten geändert werden solle. Diese Änderungen sollten seiner Ansicht nach nicht, wie heute vorgesehen, übers Knie gebrochen werden. Er spricht § 4 (Vetorecht) an. Hier solle praktisch, wenn die Personalkommission entschieden habe, im Nachgang zur Sitzung den beiden großen Parteien das Recht eingeräumt werden, Beschlüsse zu revidieren. Ferner enthielten die §§ 6, 12, 18, 20 und die Anlage zu § 4 Regelungen, über die diskutiert werden sollte.

Der Vorsitzende erklärt, dass einige der vorgesehenen Änderungen in Bezug auf das neue Ratsinformationssystem zwingend notwendig seien, um eine Rechtsgrundlage zu haben, zu den kommenden Ausschusssitzungen in elektronischer Form einzuladen und die Vorlagen und die Niederschriften darüber abzuwickeln.

Ratsmitglied Spanier (Die LINKE) bittet ebenfalls darum, den Punkt von der Tagesordnung zu nehmen. Sie sehe diesbezüglich Diskussionsbedarf. Die Geschäftsordnung sei die Grundlage der Stadtratsarbeit für die nächsten fünf Jahre. Vor diesem Hintergrund solle darüber nicht heute spontan entschieden, sondern nochmals im Ausschuss gesprochen werden.

Der Stadtrat lehnt den Vertagungsantrag mit 11 Ja-, 27 Nein-Stimmen und einer Stimmenthaltung ab.

1 Bürgerfragestunde

Es liegen keine schriftlichen Anfragen vor. Auch aus den Reihen der Zuhörer ergeben sich keine Wortmeldungen.

2 Verpflichtung der Mitglieder des Stadtrates

Bürgermeister Hoffeld verpflichtet gemäß § 33 Abs. 2 KSVG die Mitglieder des Stadtrates durch Handschlag zur gesetzmäßigen und gewissenhaften Ausübung ihres Amtes und zur Verschwiegenheit.

3 Bildung von Fraktionen und Benennung der Fraktionsvorsitzenden und deren Stellvertreter/innen

2019/121

Wie Bürgermeister Hoffeld erklärt, haben ihm alle Parteien bzw. politischen Gruppierungen im Vorfeld der Sitzung schriftlich die Bildung von Fraktionen mitgeteilt und folgende Mitglieder, Fraktionsvorsitzende und Stellvertreter benannt:

Für die CDU-Fraktion Jürgen Auweiler (Vorsitzender), Stellvertreter Alexander Boos, Stefan Dorbach, Manfred Klein, Geschäftsführer Axel Ripplinger, Beisitzerin Therese Schmitt; für die SPD-Fraktion Manfred Klein (Vorsitzender), Stellvertreter Martina Holzner und Wolfgang Klose, Geschäftsführer Martin Dyck; für die Fraktion B90/Die Grünen Klaus Borger (Vorsitzender), Johannes Weiten (Stellvertreter) und Heinz Temmes (Geschäftsführer); für Die LINKE-Fraktion Frank Hackenberger (Vorsitzender) und Hannah Spanier (Stellvertreterin und Geschäftsführerin); für die AfD Jörg Ulrich Gruhn (Vorsitzender) und Dieter Leistenschneider (Stellvertreter und Geschäftsführer).

Die Freien Wähler und das Mitglied der FDP hätten mitgeteilt, dass sie gemeinsam eine Fraktion bilden wollen. Der Vorsitzende bittet um Verständnis, dass er die nächsten Wochen abwarten wolle, um feststellen zu können, ob es ein einheitliches Antrags- und auch Abstimmungsverhalten der beiden unterschiedlichen Parteien gebe. Hintergrund sei ein Facebook-Eintrag von Herrn Morbe in der abgelaufenen Legislaturperiode, in dem dieser geschrieben habe, dass Freie Wähler, Grüne und Piraten im Stadtrat ein Notbündnis eingegangen seien. Deshalb wolle er im konkreten Fall erst in einigen Wochen entscheiden, ob die Voraussetzungen für eine Fraktionsbildung vorliegen.

Fraktionsvorsitzender der FWM-Fraktion sei Bernhard Morbe, Fraktionsgeschäftsführer Hermann Schuh.

Ratsmitglied Schuh (FWM) fordert den Bürgermeister auf, seine ablehnende Haltung gegenüber der neu zu bildenden Fraktion aus Freien Wählern und FDP aufzugeben. Dieser geplanten Fraktionsgemeinschaft würden drei Mitglieder angehören. Bernhard Morbe, seit zehn Jahren im Stadtrat, er selbst - neu gewählt im Stadtrat, seit zehn Jahren im Ortsrat Besseringen und seit mehr als sieben Jahren stellvertretender Ortsvorsteher – sowie Karsten Thomaser, neu im Stadtrat, Mitglied der Jungen Liberalen der FDP. Den drei Genannten sei kein Vergehen und nichts Unehrenhaftes vorzuwerfen. Ein Grund oder Gründe für die Ablehnung einer gemeinsamen Fraktion aus Freien Wählern und FDP seien nicht zu erkennen. Die drei Mitglieder hätten die Absicht, und dies hätten sie wahrheitsgetreu schriftlich erklärt, in einer Fraktionsgemeinschaft für gemeinsame politische Ziele zur weiteren positiven Entwicklung der Kernstadt und auch der Stadtteile einzustehen. Dies alles zum Wohle der Bürger, die sie gewählt hätten. Mit Karsten Thomaser habe der Stadtrat einen jungen, aufrichtigen, intelligenten Mitstreiter, der einer ehrenhaften Partei angehöre, gewonnen. Er selbst habe sich im Ortsrat Besseringen in den letzten zehn Jahren zu zirka 80 Prozent der zu beratenden Themen geäußert und ausgleichend und vermittelnd gewirkt. Als stellvertretender Ortsvorsteher habe er sich mit großem Engagement für die Interessen der Bürger von Besseringen eingesetzt. Für die zukünftige Arbeit im Stadtrat habe er sinngemäß Gleiches vor. Mit Bernhard Morbe verfüge man über einen engagierten und erfahrenen Kollegen, der mit Aufrichtigkeit, Kreativität und seiner Fähigkeit der politischen Analyse ein ebenso wertvolles Mitglied dieses Rates sei. Im Sinne eines Neuanfangs und einer gemeinsamen, zielorientierten Zusammenarbeit erwarte man, dass der Vorsitzende sich dem Ansinnen der FWM und der FDP anschließe und der beabsichtigten neuen Fraktionsgemeinschaft zustimme.

Der Vorsitzende gibt zu bedenken, dass es vorliegend nicht darum gehe, das Engagement der drei genannten Ratsmitglieder in Frage zu stellen. Es sei eine erste Vereinbarung bei der Stadtverwaltung eingegangen, in der beispielsweise geregelt worden sei, dass jeder Vertreter weiterhin die Ziele seiner eigenen Partei vertrete, die Interessen der Partei, für die er letztlich auch von den Bürgerinnen und Bürgern gewählt worden sei. Ferner habe darin gestanden, dass man dadurch mehr Gewicht im Rat erhalten wolle. Vor diesem Hintergrund bitte er um Verständnis, dass er sich in den nächsten Wochen anschauen wolle, ob eine im Wesentlichen gleiche politische Zielsetzung verfolgt werde. Der Bürgermeister verweist

nochmals auf den öffentlichen Eintrag und die öffentliche Äußerung des Fraktionsvorsitzenden Morbe (FWM), dass es sich bei der letzten Zusammenkunft um ein Notbündnis gedreht habe.

Grünen-Fraktionssprecher Borger merkt an, dass der Mandatsträger bei seiner politischen Entscheidung nur seinem eigenen Gewissen verpflichtet sei. Fraktionszwänge, was in der Politik üblicherweise praktiziert werde, lehnten die Grünen ab. Deswegen komme es immer auch vor, dass Mitglieder von Fraktionen oder Parteien nach ihrem Gewissen abstimmten und sich nicht danach richten würden, wie der Fraktionsvorsitzende die Hand hebe.

Der Vorsitzende entgegnet, dass laut der Vereinbarung, die der Verwaltung vorgelegt worden sei, nicht jeder seinem Gewissen verpflichtet sei, sondern dass jeder weiterhin die Ziele seiner eigenen Partei verfolge. Dies sei ein Unterschied.

Auf Nachfrage von Ratsmitglied Spanier (Die LINKE) erklärt der Bürgermeister, dass Herr Thomaser als fraktionsloses Mitglied ebenfalls Anträge stellen könne.

Fraktionssprecher Hackenberger (Die LINKE) widerspricht dieser Aussage von Bürgermeister Hoffeld. So lasse der Vorsitzende es nicht zu, dass man als Fraktion einen Antrag stelle. Dies habe man in der vorletzten Sitzung bei Herrn Borger gesehen, als der Vorsitzende erklärt habe, dieser hätte den Antrag als Partei und nicht als Fraktion gestellt, weshalb der Antrag abgelehnt worden sei. Der Bürgermeister mache die Spielregeln, wie er sie brauche. Seiner Auffassung nach müsse man der anvisierten Fraktionsgemeinschaft eine Chance geben. Der Bürgermeister unterstelle einfach, dass es ein Zweckbündnis sei, und entscheide nach seinem Gutdünken. Zusammenfassend sei festzuhalten, dass Ratsmitglied Thomaser (FDP) keinen Antrag stellen könne, da er keiner Fraktion angehöre, bzw. es werde darüber abgestimmt. Das Gleiche habe Ratsmitglied Borger (B90/Die Grünen) schon erfahren müssen und dies werde Ratsmitglied Thomaser (FDP) jetzt leider auch erfahren.

Bürgermeister Hoffeld widerspricht den Ausführungen von Fraktionssprecher Hackenberger (Die LINKE). Auch ein fraktionsloses Ratsmitglied habe die Möglichkeit, Anträge zu stellen. Sofern Anträge auf Aufnahme von Themen in die Tagesordnung zeitnah vorliegen würden, stehe es im pflichtgemäßen Ermessen des Vorsitzenden, ob er diese Punkte auf die Tagesordnung setze. Ratsmitglied Thomaser (FDP) habe die Rechte, wie jedes andere Stadtratsmitglied auch. Er gehöre auch – sofern der Stadtrat entsprechend beschliesse – den Ausschüssen als ordentliches Mitglied an. Er sage den Freien Wählern und der FDP zu, dass – wenn sich in den nächsten Wochen eine im Wesentlichen gleiche politische Zielsetzung durch ein gemeinsames Abstimmverhalten oder gemeinsame Anträge zeige – er den Fraktionsstatus feststellen werde. Zunächst wolle er aber die nächsten Wochen abwarten.

4 Änderung der Geschäftsordnung des Stadtrates

2019/058
geändert beschlossen

Wie der Bürgermeister ausführt, wolle die Verwaltung - um effizienter in diesem Gremium arbeiten zu können und auch aus redaktionellen Gründen, was insbesondere mit dem neuen Ratsinformationssystem zusammenhänge - die Geschäftsordnung in einigen Passagen anpassen. Die Synopse mit den Änderungen liege allen Mitgliedern vor. Außerdem liege ein gemeinsamer Antrag der Fraktionen B90/Die Grünen, Freie Wähler, Die Linke und des FDP-Mitglieds vom 12.08.19 vor, in dem mit Blick auf TOP 4 das Thema „Ton- und Bildaufnahmen“ aufgeführt sei. Die weiteren in diesem Antrag genannten Punkte seien Bestandteil der Beratungen zu TOP 5, wenn es um die Bildung der Ausschüsse gehe.

Ansinnen sei, die Möglichkeit von Ton- und Bildaufnahmen während der öffentlichen Sitzungen zu schaffen, um der interessierten Öffentlichkeit die Gelegenheit einzuräumen, online Sitzungen und Diskussionen mit zu verfolgen. Da der Antrag erst am Vortag bei der Stadt-

verwaltung eingegangen sei, habe noch keine Gelegenheit zur rechtlichen Prüfung bestanden. Neben Persönlichkeitsrechten des Rates seien auch Persönlichkeitsrechte von Besuchern, die möglicherweise auch gefilmt werden könnten, tangiert. Im Anschluss an die rechtliche Prüfung werde das Thema im Hauptausschuss diskutiert.

Ratsmitglied Spanier (Die LINKE) vertritt die Auffassung, dass es einige Punkte gebe, über die diskutiert werden sollte. So sei mit Blick auf § 18 „Bürgerfragestunde“ vorgeschlagen, dass es für die Bürger nicht mehr zulässig sein solle, zu einem Tagesordnungspunkt zu sprechen. Dies sehe sie sehr kritisch. Die Bürgerfragestunde sei eine sehr gute Sache, weil sie den Bürgern die Möglichkeit gebe, sich vor dem Stadtrat, der nachher die Entscheidung treffe, zu äußern, um nicht jeden einzelnen Stadtverordneten ansprechen zu müssen. Die Möglichkeit, zu einem Tagesordnungspunkt sprechen zu dürfen, abzuschaffen, sehe sie sehr kritisch. Tauche beispielsweise ein Punkt sehr kurzfristig auf, über den der Stadtrat direkt in der nächsten Sitzung spreche und entscheide, falle die Möglichkeit für die Bürger, vor dem Stadtrat zu sprechen, komplett weg. So könne man mehrere Beispiele konstruieren. Allein dieser Punkt, ob man zu einem Tagesordnungspunkt sprechen dürfe oder nicht, sollte ihrer Meinung nach zuerst einmal ausführlich diskutiert werden, bevor der Rat darüber abstimme. Sie könne den hinter der Änderung stehenden Sinn nicht nachvollziehen. Sie habe Verständnis, dass die Sitzungen nicht zu sehr in die Länge gezogen werden sollen. Ihrer Ansicht nach gebe es aber andere Möglichkeiten, als zum Beispiel die Redezeit zu begrenzen oder den Bürgern zu verwehren, zur Tagesordnung zu sprechen.

Fraktionssprecher Borger (B90/Die Grünen) kündigt an, drei Punkte aufzugreifen, die er als sehr problematisch ansehe: Früher, in der vorherigen Legislaturperiode, habe es mehr Stadtratssitzungen und deswegen weniger Tagesordnungspunkte gegeben. Es seien in der Regel nie mehr als zehn Tagesordnungspunkte pro Sitzung gewesen. Mittlerweile gebe es Tagesordnungen, die über 20 Tagesordnungspunkte umfassen. Deshalb spreche er sich dafür aus, eine oder zwei Sitzungen zusätzlich durchzuführen, intensiv und vernünftig zu beraten und auch die Bevölkerung teilhaben zu lassen an diesen öffentlichen Beratungen, da die Musik in den Ausschüssen spiele, die oft nicht-öffentlich seien. Die einzige Möglichkeit für den Bürger, sich zu informieren, bestehe im Stadtrat. Er beantrage daher, die Tagesordnung auf grundsätzlich zehn Tagesordnungspunkte zu begrenzen; im Einzelfall seien auch elf oder zwölf TOP's akzeptabel, aber es dürfe nicht so sein, wie in der Vergangenheit, dass die Tagesordnungen künstlich aufgepumpt würden. Ein weiterer Punkt, den er für sehr dramatisch halte, sei, dass die Bürger nicht zur Tagesordnung reden dürfen sollen.

Mit Blick auf § 20 „Niederschrift“ erklärt Fraktionssprecher Borger (B90/Die Grünen), dass in den „normalen Räten“ das Abstimmungsergebnis der Fraktion bekanntgegeben werde, und verweist auf die Protokolle des Bundes- und des Landtages. Er beantrage im Namen seiner Fraktion, dass auch in den Niederschriften der städtischen Gremien das Abstimmungsergebnis der Fraktionen veröffentlicht wird, damit klar erkennbar für den Bürger sei, wie die jeweilige Position der Grünen-Fraktion sei. In der Vergangenheit seien immer wieder falsche Niederschriften veröffentlicht worden, auch auf der städtischen Homepage. Es könne aus seiner Sicht nicht sein, dass im Falle von Einwendungen eines Stadtratsmitglieds gegen eine Niederschrift der Stadtrat politisch entscheide, ob die Gründe korrekt seien oder nicht, ohne dass der Rat das Tonband abhöre. In der Vergangenheit sei es so gewesen, dass Dinge herausgezogen und falsche Niederschriften in Umlauf gebracht worden seien. Niederschriften seien Urkunden, die er angefochten habe. Er habe auch einen Zeugen; man habe sich die Tonbänder angehört und anschließend sei im Rat politisch entschieden worden:

Bürgermeister Hoffeld weist den Vorwurf von Grünen-Fraktionssprecher Borger, dass die Verwaltung falsche Niederschriften in Umlauf gebracht habe, zurück. Alle Verwaltungsmitarbeiter würden diese Aufgabe sehr gewissenhaft ausfüllen. Mit Blick auf die Anmerkungen von Ratsmitglied Spanier (Die LINKE) zur „Bürgersprechstunde“ merkt der Vorsitzende an, dass es dem Rat weiterhin frei stehe zu entscheiden, ob ein Bürger – beispielsweise ein Vertreter einer BI – im Rahmen des jeweiligen TOP's sprechen könne anstatt zu Beginn der Sitzung.

Ratsmitglied Temmes (Grüne) moniert mit Blick auf § 8, dass die Vorlagen künftig neben den Erläuterungen nur noch einen Beschlussvorschlag der Verwaltung und nicht mehr die Empfehlung des Ausschusses sowie das Ergebnis der Anhörung des Ortsrates enthalten sollen.

Bürgermeister Hoffeld erläutert den Hintergrund dieser Änderung, die mit dem neuen Ratsinfo in Zusammenhang stehe. Vor Einführung des neuen Ratsinfo habe die Verwaltung für jedes Gremium, das sich mit demselben Vorgang befasst hätte, eine separate Vorlage erstellt. So habe es eine Vorlage für den Ortsrat, eine Vorlage für den Ausschuss und schließlich eine Vorlage für den Stadtrat zum selben Thema gegeben. In jeder dieser einzelnen Vorlagen seien die Abstimmungsergebnisse von Ortsrat bzw. Ausschuss ergänzt worden. Diese Verfahrensweise sei künftig nicht mehr erforderlich. Die Abstimmungsergebnisse der Ortsräte und der Ausschüsse würden künftig im Ratsinformationssystem bei der jeweiligen Vorlage aufgeführt. Dies bringe den Vorteil mit sich, dass die Verwaltung nur noch eine einzige Vorlage für Ortsrat, Ausschuss und Stadtrat schreiben müsse.

Fraktionssprecher Hackenberger (Die LINKE) wiederholt die Kritik von Ratsmitglied Temmes (Grüne) und äußert die Erwartung, dass das Ergebnis der Anhörung der Ortsräte in der Beschlussvorlage im Informationssystem dargelegt werde. Er stelle fest, dass es viele Fragen und offene Punkte gebe, die die Verwaltung erläutern müsse, darunter auch das Vetorecht der großen Fraktionen in der Personalkommission. Vor diesem Hintergrund appelliere er an den Bürgermeister, die vorgesehenen Änderungen im Detail durchzugehen, anstatt im Schweinsgalopp heute darüber abzustimmen.

Der Vorsitzende weist darauf hin, dass es in der Kompetenz des Stadtrates liege, den TOP zu vertagen. Darüber hinaus könne der Stadtrat auch im Laufe einer Legislaturperiode die Geschäftsordnung nochmal verändern. Das Vetorecht in der Personalkommission sei vor fünf Jahren angepasst worden, damit alle Stadtratsfraktionen mit jeweils einem Vertreter dem Gremium angehörten. Dies führe ohne Vetorecht zu dem Ergebnis, dass in Relation zu den Mehrheitsverhältnissen im Stadtrat eine Minderheit die Mehrheit in der Personalkommission inne hätte, was dem Spielbildlichkeitsgrundsatz entgegenstehe. Es sei auf der anderen Seite aber im Hinblick auf Vorstellungsgespräche auch nicht praktikabel, die Personalkommission mit 13 Stadtratsmitgliedern zu besetzen. Aus diesem Grund sollte aus jeder einzelnen Fraktion ein Vertreter Mitglied der Personalkommission sein. Vor dem Hintergrund, dass die CDU- und die SPD-Fraktion jeweils über ebenso viele Mitglieder wie beispielsweise die LINKE-Fraktion in der Personalkommission verfüge, sei vor fünf Jahren dieses Vetorecht eingeführt worden.

Fraktionssprecher Morbe (FWM) erklärt, dass die Geschäftsordnung noch nicht ausgegoren sei. Anstatt der Begrenzung der Sitzungszeit auf 20.30 Uhr schlägt er vor, die Dauer der Sitzungen auf drei Stunden zu begrenzen.

Ratsmitglied Lorenz (SPD) zitiert „Anlage 1 zu § 4 H) Ortsräte Nr. 4“: „Die Verwaltung informiert die Ortsvorsteherinnen und Ortsvorsteher vor Abschluss wesentlicher Vermietungs- und Verpachtungsverträge für Grundstücke und Gebäude innerhalb der Ortslage.“ Er regt an, dass dies auch für die Nutzung von Grundstücken gelten sollte, die ohne Abschluss eines Vermietungs- und Verpachtungsvertrages zur Verfügung gestellt werden oder worden seien, damit die Ortsvorsteher jederzeit über die Nutzung städtischer Liegenschaften in ihrem Stadtteil informiert seien. Zum Vetorecht in der Personalkommission vertrete er die Auffassung, dass jemand, der nicht anwesend sei auch nicht im Nachhinein entscheiden oder ein Veto einlegen könne. Die angeführte Begründung sei für ihn nicht nachvollziehbar. Wenn dies auf andere Ausschüsse ausgedehnt werde, könnte jeder, der nicht an der Ausschusssitzung teilnehmen konnte, im Nachhinein noch abstimmen.

In der heutigen Zeit der Digitalisierung wäre es bei der Vorlage für den Stadtrat kein größerer Aufwand für die Verwaltung, wenn sie die bisherigen Beschlüsse der Ortsräte oder der Aus-

schüsse in einem Satz erwähnen würde. Das wäre für die Ratsmitglieder eine Erleichterung; ansonsten müsste man danach in seinem Tablet suchen und sei für diese Zeit abgelenkt. In Puncto „Niederschrift“ gibt Ratsmitglied Lorenz (SPD) zu bedenken, dass bei Veröffentlichung auch ein konkreter Zeitpunkt angegeben werden müsse, da mit dem Zeitpunkt auch die Frist beginne, innerhalb der man Einwände geltend machen könne.

Verwaltungsmitarbeiter Thomas Klein verweist auf den Entwurf zu § 20 Absatz 4. Danach erhalten alle Mitglieder über das Ratsinformationssystem eine Mitteilung, wenn die Niederschrift bereitsteht. Dies sei der Zeitpunkt, an dem die Frist beginne. Diese Mitteilung gelte als Bekanntgabe der Niederschrift gemäß § 47 Abs. 5 KSVG.

Bezogen auf die Vorschriften „Einwendungen gegen die Niederschrift können innerhalb von 14 Tagen nach der Mitteilung, dass die Niederschrift im Ratsinformationssystem zur Verfügung steht bei der Bürgermeisterin/beim Bürgermeister schriftlich vorgebracht werden.“ sowie „Über die Einwendungen entscheidet der Stadtrat in seiner nächsten Sitzung.“ regt Ratsmitglied Lorenz (SPD) eine Klarstellung in der Weise an, dass der Bürgermeister bei Einwendungen gegen die Niederschrift einen Entscheidungsvorschlag mit einer Begründung vorlegen sollte, über den der Stadtrat dann entscheide.

Verwaltungsmitarbeiter Thomas Klein merkt an, dass die in der Geschäftsordnung enthaltene Formulierung eine Wiederholung des Gesetzeswortlautes sei. In § 47 Abs. 5 Satz 3 stehe: „Über Einwendungen gegen die Niederschrift beschließt der Gemeinderat.“ Es sei somit gesetzlich vorgegeben, wie bei Einwendungen vorzugehen sei. Wie in der Vergangenheit werde die Verwaltung künftig bei Einwendungen eine Sitzungsvorlage mit Einschätzung und Empfehlung der Verwaltung erstellen, auf deren Grundlage dann der Stadtrat – wie das Gesetz es vorgebe – beschließe.

Wie Ratsmitglied Lorenz (SPD) ausführt, solle es so gewesen sein, dass in der letzten Periode, zumindest in einem Fall, die technischen Aufzeichnungen einen Defekt gehabt hätten. Vor diesem Hintergrund stellt er die Frage, wie man in Zukunft sicherstelle, dass dies nicht mehr passiere.

Bürgermeister Hoffeld antwortet, dass es keinen Defekt gegeben habe.

Ratsmitglied Spanier (LINKE) bittet um Antwort, ob dem Stadtrat die entsprechende Passage auf dem Tonband vorgespielt werde, wenn dieser über die Korrektheit der Niederschrift entscheiden soll.

Verwaltungsmitarbeiter Klein antwortet, dass der Stadtrat Herr des Verfahrens sei. Es werde im Falle eines Einwandes gegen die Niederschrift - wie bereits erläutert - eine Sitzungsvorlage mit einer Einschätzung der Verwaltung geben. Sofern der Stadtrat wünsche, sich nochmals die in Rede stehende Passage anzuhören, bestehe dazu die Möglichkeit.

Auf die Rückfrage von Ratsmitglied Spanier (LINKE), ob es ausreiche, wenn ein Mitglied Zweifel habe und sich das Band nochmals abhören wolle, erklärt Verwaltungsmitarbeiter Klein, dass der Stadtrat grundsätzlich - es sei denn, das Gesetz schreibe etwas anderes vor - mit Mehrheit entscheide. Sofern die Mehrheit die Auffassung vertrete, dass ein Abhören des Tonbandes nicht erforderlich sei, um eine Entscheidung zu treffen, sei dieser Mehrheitsbeschluss Ausfluss des Demokratieprinzips.

Bürgermeister Hoffeld ergänzt, dass mittlerweile der Eindruck entstehe, dass die Niederschriften, die durch Verwaltungsmitarbeiter erstellt würden, alle fehlerhaft seien. Diesen Eindruck wolle er komplett entkräften. In der Vergangenheit habe es ein oder zwei Fälle gegeben, in denen etwas korrigiert worden sei. Es habe aber auch unbegründete Einwände gegeben. Mit Ausnahme von ein paar Fällen vor etwa eineinhalb Jahren hätten Stadtratsmitglieder den Inhalt der Niederschriften praktisch nie bemängelt.

Auf Nachfrage von Ratsmitglied Spanier (LINKE) bestätigt der Vorsitzende, dass sie im Falle eines Einwandes die Möglichkeit habe, sich das Tonband abzuhören.

Verwaltungsmitarbeiter Klein erläutert, dass die Ratsmitglieder eine Mitteilung erhalten, wenn die Niederschrift erstellt sei. Ab dieser Mitteilung gelte eine 14-Tages-Frist, innerhalb der Einwendungen geltend gemacht werden könnten. Würden keine Einwendungen geltend gemacht, werde die Aufnahme mit Blick auf Datenschutzaspekte gelöscht. Liege ein Einwand vor, werde die Aufzeichnung nicht gelöscht. Eine Löschung erfolge erst, wenn die Niederschrift bestandskräftig sei.

Fraktionssprecher Borger (Grüne) regt an, § 18 der Geschäftsordnung mit „Einwohnerfragestunde“ anstatt „Bürgerfragestunde“ zu überschreiben.

Fraktionssprecher Hackenberger (LINKE) moniert das in § 4a Abs. 4 der Geschäftsordnung vorgesehene Vetorecht der beiden größten Fraktionen im Nachgang einer Sitzung der Personalkommission. Dies habe nichts mit Demokratie zu tun und gebe auch nicht das Wahlergebnis wieder. Im Hinblick auf Einwände gegen Niederschriften vertritt er die Auffassung, dass mit dem Stand der heutigen Technik der Stadtrat die in Rede stehenden Passagen nochmals abhören sollte, anstatt einfach abzustimmen.

Ratsmitglied Manfred Klein (CDU) stellt klar, dass ein Vetorecht nicht bedeute, dass etwas verhindert werde. Dieses stelle vielmehr sicher, dass der Stadtrat in seiner Gänze eine abschließende Entscheidung fälle, was auch das Recht des Stadtrates bei Einstellungen sei. Der Rat habe Entscheidungsbefugnisse auf die Personalkommission delegiert. Sofern das Vetorecht ausgeübt oder keine Mehrheit zustande komme, müsse es auch möglich sein, dass die Mehrheit des Rates ihren Willen zum Ausdruck bringe. Mit dem Vetorecht werde keine Entscheidung verhindert, sondern sie werde auf eine neue Ebene gestellt, was auch richtig sei.

Mit Blick auf die Niederschrift erklärt Ratsmitglied Klein (CDU), dass diese ein Ergebnisprotokoll darstelle. Er persönlich verspüre keine Lust, jede Sitzung zweimal anzuhören. Dann müsste das Abhören sich auf konkrete Fälle beziehen. Er habe nicht den Eindruck, dass in den über 20 Jahren, in denen er diesem Stadtrat angehöre, permanent – unabhängig davon, wer der Verwaltungsspitze angehört habe - falsche Sitzungsprotokolle vorgelegt worden seien.

Auf Nachfrage von Ratsmitglied Lorenz (SPD) bestätigt Bürgermeister Hoffeld, dass jedes Mitglied des Stadtrates unabhängig von Einwänden die Möglichkeit habe, sich bis zur Bestandskraft der Niederschrift die elektronischen Aufzeichnungen anzuhören.

Ratsmitglied Schuh (FWM) erklärt, dass er sich mit Blick auf die Änderung der Geschäftsordnung überfahren fühle, gerade in der konstituierenden Sitzung. An der Diskussion zeige sich, dass es zu diesem Thema Redebedarf gebe. Aus diesem Grunde verstehe er nicht, warum ein solcher Tagesordnungspunkt nicht zuvor in einem Ausschuss vorberaten werde.

Bürgermeister Hoffeld unterbreitet generell das Angebot, sich im Vorfeld einer Sitzung bei Fragen mit der Verwaltung in Verbindung zu setzen. Darüber hinaus schlägt er vor, die Geschäftsordnung zum Gegenstand der nächsten Sitzung des Hauptausschusses zu machen.

Fraktionssprecher Borger (Grüne) erinnert an seinen Antrag, durch eine Regelung in die Geschäftsordnung die Tagesordnung des Stadtrates grundsätzlich auf maximal zehn Tagesordnungspunkte zu beschränken. Verwaltungsmitarbeiter Klein erklärt dazu, dass dieser Antrag seiner Rechtsauffassung nach unzulässig sei. Der Bürgermeister sei Herr des Verfahrens bei der Festsetzung der Tagesordnung und lade ein. Im Vorfeld einer Sitzung habe der Stadtrat keine Einwirkungsmöglichkeiten. Bei Eröffnung der Sitzung gehe diese Herrschaft über die Tagesordnung auf den Rat über. An dieser Stelle habe der Rat die Möglichkeit, Tagesord-

nungspunkte abzusetzen oder zu vertagen. Es sei jedoch nicht möglich, im Vorfeld von Sitzungen die Gestaltungsfreiheit des Bürgermeisters einzuschränken.

Beschluss:

Der Stadtrat beschließt auf Antrag von Fraktionssprecher Borger (Grüne) einstimmig, § 18 der Geschäftsordnung mit „Einwohnerfragestunde“ zu überschreiben. Ebenfalls einstimmig beschließt der Rat auf Antrag von Fraktionssprecher Morbe (FWM), § 6 Abs. 4 Satz 1 wie folgt zu formulieren: „Die Sitzung sollte nach drei Stunden beendet sein.“

Der Antrag von Fraktionssprecher Borger (Grüne), grundsätzlich maximal zehn Tagesordnungspunkte auf die Tagesordnung zu setzen, wird mit 9 Ja-, 25 Nein-Stimmen und vier Enthaltungen abgelehnt.

Der Rat beschließt auf Antrag von Ratsmitglied Lorenz (SPD) einstimmig bei einer Stimmenthaltung, bei Anlage 1 zu § 4 H „Ortsräte“ Nr. 4 folgenden Satz 5 zu ergänzen: „Dies gilt auch bei der Nutzung von Grundstücken und Gebäuden, bei denen keine Vermietung/Verpachtung erfolgt.“

Der Antrag von Fraktionssprecher Hackenberger (LINKE), den in § 4a Abs. 4 vorgesehenen Satz „Nimmt ein/e Vertreter/in der beiden größten Fraktionen an einer Sitzung nicht teil, besteht auch im Nachgang die Möglichkeit, das Vetorecht auszuüben.“ zu streichen, wird mit 11 Ja-, 25 Nein-Stimmen und zwei Enthaltungen abgelehnt.

Der Antrag von Fraktionssprecher Borger (Grüne), das Abstimmungsergebnis nach Fraktionen in die Niederschriften aufzunehmen, wird mit 10 Ja-, 27 Nein-Stimmen und einer Enthaltung vom Rat abgelehnt.

Unter Berücksichtigung der zuvor gefassten Beschlüsse wird die Geschäftsordnung des Stadtrates der Kreisstadt Merzig mit der Mehrheit der gesetzlichen Zahl der Mitglieder geändert.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen	Nein-Stimmen	Enthaltungen
27	11	0

5 Bildung von Ausschüssen und deren Besetzung

2019/120
ungeändert beschlossen

Bürgermeister Hoffeld berichtet von Vorgesprächen mit den einzelnen Parteien. Daraus habe sich ein Vorschlag ergeben, den er dem Rat unterbreiten wolle. Die bisherigen Ausschüsse sollen nach dem Vorschlag der Verwaltung beibehalten werden. Wie in der Amtszeit 2014/19 sollen den einzelnen Ausschüssen jeweils 13 Mitglieder angehören. Mit Blick auf die Fraktionsstärken laute der Vorschlag: 6 CDU-, 4 SPD- sowie jeweils ein Vertreter der Grünen und der LINKEN. Die FWM und der Vertreter der FDP entsenden für jeden Ausschuss zusammen einen Vertreter.

Der Vorsitzende weist nochmals auf den Antrag der Fraktionen B90/Die Grünen, FWM, LINKE sowie des FDP-Mitglieds vom 12.08.19 hin. Danach soll der bisherige Bauausschuss in Ausschuss für Bauen, Stadt- und Stadtteilentwicklung umbenannt werden. Der bisherige Ausschuss für Klima, Umwelt, Stadt- und Stadtteilentwicklung soll in Ausschuss für Klima-,

Umwelt-, Biodiversitätsschutz umbenannt werden und um die inhaltlichen Bereiche Waldwirtschaft und ökologisches Flächenmanagement erweitert werden. Aufgrund der besonderen Bedeutung des Themas Mobilität für die nachhaltige Entwicklung unserer Stadt soll ein Ausschuss für Mobilität und nachhaltige Entwicklung gebildet werden.

Fraktionssprecher Borger (Grüne) erläutert den Antrag. Stadt- und Stadtteilentwicklung habe, wie man derzeit im Falle des Bürgerhauses Mondorf erkennen könne, immer auch etwas mit dem Thema „Bauen“ zu tun. Vor diesem Hintergrund vertrete man die Auffassung, dass „Stadt- und Stadtteilentwicklung“ eher mit „Bauen“ als mit „Umweltschutz“ zusammenhänge. Beim Thema „Mobilität“ gehe es um viel mehr als um Pkw. Im neu zu bildenden Ausschuss solle beraten werden, wie man die Stadt verkehrstechnisch, nachhaltig entwickeln könne.

Beschluss:

Der Antrag, den Bauausschuss in Ausschuss für Bauen, Stadt- und Stadtteilentwicklung umzubenennen, wird mit 8 Ja-, 27 Nein-Stimmen und zwei Enthaltungen vom Rat abgelehnt.

Der Antrag, den bisherigen Ausschuss für Klima, Umwelt, Stadt- und Stadtteilentwicklung in Ausschuss für Klima-, Umwelt-, Biodiversitätsschutz umzubenennen und diesen um die inhaltlichen Bereiche Waldwirtschaft und ökologisches Flächenmanagement zu erweitern, wird mit 8 Ja-, 27 Nein-Stimmen und zwei Enthaltungen abgelehnt.

Der Antrag, den Ausschuss für Mobilität und nachhaltige Entwicklung neu zu bilden, wird mit 8 Ja- und 29 Nein-Stimmen abgelehnt.

Der Stadtrat beschließt einstimmig bei einer Stimmenthaltung, folgende Ausschüsse zu bilden: Hauptausschuss, Ausschuss für Familie, Soziales und Freizeit, Bauausschuss, Ausschuss für Klima, Umwelt, Stadt- und Stadtteilentwicklung, Ausschuss für Grundstücksangelegenheiten und Friedhofswesen, Rechnungsprüfungsausschuss.

Die Zahl der Ausschussmitglieder wird einstimmig auf 13 festgelegt.

Der Stadtrat beschließt einstimmig, den Hauptausschuss wie folgt zu besetzen:

CDU: Manfred Klein, Stefan Dorbach, Jürgen Auweiler, Hans-Joachim Horf, Matthias Görden, Alexander Boos

SPD: Manfred Klein, Tina Fischer, Martina Holzner, Wolfgang Klose

Grüne: Klaus Borger

LINKE: Hannah Spanier

FWM: Bernhard Morbe

AfD: Beratendes Mitglied: Dieter Leistenschneider

Der Stadtrat beschließt einstimmig, den Ausschuss für Familie, Soziales und Freizeit (Bildung, Soziales, Familie, Tourismus, Sport und Kultur) wie folgt zu besetzen:

CDU: Therese Schmitt, Doris Darimont-Doll, Ulrike Biermann, Angelika Conrad, Maria Bänsch, Alexander Boos

SPD: Martina Holzner, Giuseppe D'Auria, Caroline Ney, Silvia Prinz

Grüne: Elina Santo

LINKE: Hannah Spanier

FDP: Karsten Thomaser

AfD: Beratendes Mitglied: Dieter Leistenschneider

Der Stadtrat beschließt einstimmig, den Bauausschuss wie folgt zu besetzen:

CDU: Axel Ripplinger, Matthias Görden, Thomas Klein, Hans-Joachim Horf, Maria Bänsch, Simon Tinnes

SPD: Manfred Klein, Giuseppe D'Auria, Tina Fischer, Klaus Lorenz

Grüne: Heinz Temmes

AfD: Jörg Ulrich Gruhn

FWM: Hermann Schuh

LINKE: Beratendes Mitglied: Frank Hackenberger

Der Stadtrat beschließt einstimmig, den Ausschuss für Klima, Umwelt, Stadt- und Stadtteilentwicklung wie folgt zu besetzen:

CDU: Dr. Manfred Kost, Angelika Conrad, Ulrike Biermann, Axel Ripplinger, Stefan Dorbach, Dr. Detlef Klaus Hans

SPD: Arndt Oehm, Tina Fischer, Caroline Ney, Silvia Prinz

Grüne: Klaus Borger

LINKE: Hannah Spanier

FDP: Karsten Thomaser

AfD: Beratendes Mitglied: Dieter Leistenschneider

Der Stadtrat beschließt einstimmig, den Ausschuss für Grundstücksangelegenheiten und Friedhofswesen wie folgt zu besetzen:

CDU: Hans-Joachim Horf, Doris Darimont-Doll, Jürgen Auweiler, Therese Schmitt, Maria Bänsch, Simon Tinnes

SPD: Klaus Lorenz, Martin Dyck, Sebastian Palz, Arndt Oehm

Grüne: Heinz Temmes

LINKE: Frank Hackenberger

FDP: Karsten Thomaser

AfD: Beratendes Mitglied: Dieter Leistenschneider

Der Stadtrat beschließt einstimmig, den Rechnungsprüfungsausschuss wie folgt zu besetzen:

CDU: Manfred Klein, Stefan Dorbach, Jürgen Auweiler, Therese Schmitt, Johannes Ehm, Dr. Detlef Klaus Hans

SPD: Martin Dyck, Klaus Lorenz, Sebastian Palz, Caroline Ney

Grüne: Klaus Borger

LINKE: Hannah Spanier

FWM: Bernhard Morbe

AfD: Beratendes Mitglied: Jörg Ulrich Gruhn

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen	Nein-Stimmen	Enthaltungen
37	0	0

6 Bestellung der Mitglieder und deren Stellvertreter/innen für weitere Gremien 2019/122 geändert beschlossen

Bürgermeister Hoffeld schlägt als Besetzung für die Aufsichtsräte der Stadtwerke Merzig GmbH und der Netzwerke Merzig GmbH vor:

Manfred Klein (CDU)
Vertreter: Axel Ripplinger

Matthias Görgen
Vertreterin: Maria Bänsch

Jürgen Auweiler
Vertreterin: Ulrike Biermann

Manfred Klein (SPD)
Vertreterin: Caroline Ney

Wolfgang Klose
Vertreterin: Martina Holzner

Klaus Borger
Vertreter: Heinz Temmes

Frank Hackenberger
Vertreter: Hermann Schuh

Ratsmitglied Ripplinger (CDU) beantragt, geheim über die Besetzung der Aufsichtsräte der Stadtwerke Merzig GmbH und der Netzwerke Merzig GmbH abzustimmen.

Bürgermeister Hoffeld stellt fest, dass sich bei der Besetzung keine Einigung ergeben habe. Er erläutert das Wahlverfahren. Die Mitglieder würden nunmehr auf Grund von Wahlvorschlägen nach den Grundsätzen der Verhältniswahl unter Bindung an die Wahlvorschläge

geheim gewählt. Er weist darauf hin, dass die aufgestellten Wahlkabinen zwingend zu benutzen seien. Gewählt werde mit einem Stimmzettel, auf dem die Wahlvorschläge der Parteien bzw. Fraktionen aufgeführt seien. Alle im Rat vertretenen Parteien bzw. Fraktionen hätten die Möglichkeit, jeweils einen Wahlvorschlag aufzustellen, an den sie gebunden seien. Gemeinsame Wahlvorschläge mehrerer Parteien bzw. Fraktionen seien nur dann zulässig, wenn sich dadurch nicht mehr Ausschusssitze ergeben als bei getrennten Wahlvorschlägen. Gültig seien nur solche Stimmen, die sich zweifelsfrei für einen Wahlvorschlag aussprechen. Mehrfachankreuzungen, leere oder durchgestrichene Stimmzettel oder Stimmabgaben mit Vorbehalt seien ungültig. Das Wahlergebnis werde dann nach dem Höchstzahlverfahren nach d`Hondt festgestellt.

Als Wahlhelfer werden die Stadtverordneten Simon Tinnés (CDU) und Martin Dyck (SPD) benannt.

Bürgermeister Hoffeld verliest die auf dem Stimmzettel aufgeführten Wahlvorschläge.

Wahlvorschlag CDU: Manfred Klein (Vertreter: Axel Ripplinger), Matthias Görgen (Vertreterin: Maria Bänsch), Jürgen Auweiler (Vertreterin: Ulrike Biermann), Alexander Boos (Vertreter: Dr. Detlef Nikolaus Hans)

Wahlvorschlag SPD: Manfred Klein (Vertreterin: Caroline Ney), Wolfgang Klose (Vertreterin: Martina Holzner)

Wahlvorschlag LINKE: Frank Hackenberger (Vertreter: Hermann Schuh)

Wahlvorschlag Grüne: Klaus Borger (Vertreter: Heinz Temmes)

Die mittels Stimmzettel durchgeführte Wahl hat folgendes Ergebnis: Es werden 37 gültige Stimmen abgegeben. Auf die Wahlvorschläge entfallen: Wahlvorschlag CDU: 17 Stimmen; Wahlvorschlag SPD: 11 Stimmen; Wahlvorschlag LINKE: 5 Stimmen; Wahlvorschlag Grüne: 4 Stimmen

Das nach dem Höchstzahlverfahren nach d`Hondt festgestellte Wahlergebnis lautet: CDU: 4 Sitze; SPD: 2 Sitze, LINKE: 1 Sitz

Der Vorsitzende stellt fest, dass somit folgende Mitglieder den Aufsichtsräten der Stadtwerke Merzig GmbH und der Netzwerke Merzig GmbH angehören:

Manfred Klein (CDU)
Vertreter: Axel Ripplinger

Matthias Görgen
Vertreterin: Maria Bänsch

Jürgen Auweiler
Vertreterin: Ulrike Biermann

Alexander Boos
Vertreter: Dr. Detlef Nikolaus Hans

Manfred Klein (SPD)
Vertreterin: Caroline Ney

Wolfgang Klose
Vertreterin: Martina Holzner

Frank Hackenberger
Vertreter: Hermann Schuh

Der Stadtrat beschließt einstimmig, den Aufsichtsrat der Merziger Bäder GmbH wie folgt zu besetzen:

Axel Ripplinger
Vertreter: Hans-Joachim Horf

Stefan Dorbach
Vertreterin: Angelika Conrad

Dr. Detlef Klaus Hans
Vertreter: Alexander Boos

Dr. Manfred Kost
Vertreterin: Therese Schmitt

Doris Darimont-Doll
Vertreter: Johannes Ehm

Thomas Klein
Vertreter: Simon Tinnes

Tina Fischer
Vertreterin: Silvia Prinz

Giuseppe D'Auria
Vertreter: Arndt Oehm

Martin Dyck
Vertreter: Manfred Klein (SPD)

Klaus Lorenz
Vertreterin: Caroline Ney

Elina Santo
Vertreter: Heinz Temmes

Frank Hackenberger
Vertreterin: Hannah Spanier

Hermann Schuh
Vertreter: Karsten Thomaser

Der Stadtrat beschließt einstimmig, die Aufsichtsräte der Merziger Verwaltungsgesellschaft für Wohnungswirtschaft mbH / mbH & Co. KG wie folgt zu besetzen:

Axel Ripplinger
Vertreter: Manfred Klein (CDU)

Angelika Conrad
Vertreterin: Maria Bänsch

Alexander Boos
Vertreter: Simon Tinnes

Therese Schmitt
Vertreter: Hans-Joachim Horf

Johannes Ehm
Vertreter: Matthias Görgen

Ulrike Biermann
Vertreter: Jürgen Auweiler

Caroline Ney
Vertreter: Klaus Lorenz

Sebastian Palz
Vertreter: Giuseppe D'Auria

Arndt Oehm
Vertreter: Martin Dyck

Silvia Prinz
Vertreter: Wolfgang Klose

Heinz Temmes
Vertreterin: Elina Santo

Frank Hackenberger
Vertreterin: Hannah Spanier

Hermann Schuh
Vertreter: Karsten Thomaser

Der Stadtrat beschließt einstimmig, den Werksausschuss (Eigenbetrieb Abfall und Abwasser) wie folgt zu besetzen:

CDU: Manfred Klein, Johannes Ehm, Thomas Klein, Axel Ripplinger, Hans-Joachim Horf, Simon Tinnes

SPD: Wolfgang Klose, Martin Dyck, Sebastian Palz, Arndt Oehm

Grüne: Johannes Weiten

LINKE: Frank Hackenberger

FWM: Hermann Schuh

AfD: Beratendes Mitglied: Dieter Leistenschneider

Der Stadtrat beschließt einstimmig, Therese Schmitt (CDU) und Wolfgang Klose (SPD) als Vertreter in die Mitgliederversammlung des Vereins „Naturpark Saar-Hunsrück e.V.“ zu entsenden.

Bei der Besetzung des Bildungsbeirates des Landkreises Merzig-Wadern ergibt sich keine Einigung. Die mittels Stimmzettel durchgeführte Wahl hat folgendes Ergebnis: Es werden 37 gültige Stimmen abgegeben. Auf die Wahlvorschläge entfallen: Wahlvorschlag SPD (Martina Holzner, Vertreterin: Doris Darimont-Doll): 28 Stimmen; Wahlvorschlag LINKE/FWM (Hannah Spanier, Vertreter: Bernhard Morbe): 9 Stimmen. Somit ist Martina Holzner (SPD) in den

Bildungsbeirat des Landkreises Merzig-Wadern entsandt. Vertreterin ist Doris Darimont-Doll (CDU).

Bei der Besetzung des Vorstands Kulturzentrum Villa Fuchs e.V. ergibt sich keine Einigung. Die mittels Stimmzettel durchgeführte Wahl hat folgendes Ergebnis: Es werden 37 gültige Stimmen abgegeben. Auf die Wahlvorschläge entfallen: Wahlvorschlag CDU: Therese Schmitt, Vertreter: Manfred Klein: 17 Stimmen; Wahlvorschlag SPD: Wolfgang Klose, Vertreter: Martin Dyck: 10 Stimmen; Wahlvorschlag LINKE: Frank Hackenberger, Vertreter: Hermann Schuh: 10 Stimmen. Aufgrund der Stimmgleichheit erfolgt ein Losentscheid zwischen den Wahlvorschlägen der SPD und der LINKEN. Das Los entfällt auf den Wahlvorschlag der LINKEN. Somit sind Therese Schmitt (Vertreter: Manfred Klein, CDU) und Frank Hackenberger (Vertreter: Hermann Schuh) in den Vorstand des Kulturzentrums Villa Fuchs e.V. gewählt.

Bei der Besetzung des Zuwanderungs- und Migrationsbeirats ergibt sich keine Einigung. Die mittels Stimmzettel durchgeführte Wahl hat folgendes Ergebnis: Es werden 37 gültige Stimmen abgegeben. Auf die Wahlvorschläge entfallen: Wahlvorschlag CDU: Angelika Conrad, Vertreter: Thomas Klein: 17 Stimmen; Wahlvorschlag SPD: Giuseppe D'Auria, Vertreterin: Silvia Prinz: 12 Stimmen; Wahlvorschlag LINKE: Hannah Spanier, Vertreter: Johannes Weiten: 8 Stimmen. Somit sind Angelika Conrad (Vertreter: Thomas Klein) und Giuseppe D'Auria (Vertreterin: Silvia Prinz) in den Zuwanderungs- und Migrationsbeirat gewählt.

Bei der Besetzung des Seniorenbeirats ergibt sich keine Einigung. Die mittels Stimmzettel durchgeführte Wahl hat folgendes Ergebnis: Es werden 37 gültige Stimmen abgegeben. Auf die Wahlvorschläge entfallen: Wahlvorschlag CDU: Maria Bänsch, Vertreterin: Ulrike Biermann: 16 Stimmen; Wahlvorschlag SPD: Silvia Prinz, Vertreter: Nikolaus Lorenz: 11 Stimmen; Wahlvorschlag Grüne: Heinz Temmes, Vertreter: Bernhard Morbe: 10 Stimmen. Somit sind Maria Bänsch (Vertreterin: Ulrike Biermann) und Silvia Prinz (Vertreter: Nikolaus Lorenz) in den Seniorenbeirat gewählt.

Bei der Besetzung des Präventionsbeirats ergibt sich keine Einigung. Die mittels Stimmzettel durchgeführte Wahl hat folgendes Ergebnis: Es werden 37 gültige Stimmen abgegeben. Auf die Wahlvorschläge entfallen: Wahlvorschlag CDU: Alexander Boos, Vertreter: Stefan Dorbach: 16 Stimmen; Wahlvorschlag SPD: Arndt Oehm, Vertreter: Martin Dyck: 12 Stimmen; Wahlvorschlag FWM: Bernhard Morbe, Vertreter: Heinz Temmes: 9 Stimmen. Somit sind Alexander Boos (Vertreter: Stefan Dorbach) und Arndt Oehm (Vertreter: Martin Dyck) in den Präventionsbeirat gewählt.

Der Vorsitzende stellt fest, dass die Sitzung bereits drei Stunden andauert. Gemäß der in der heutigen Sitzung beschlossenen Änderung der Geschäftsordnung (§ 6 Abs. 4) sollte die Sitzung nach drei Stunden beendet sein. Nach diesem Zeitpunkt könne die Sitzung auf Vorschlag des Vorsitzenden mit Zustimmung der Mehrheit der anwesenden Mitglieder fortgesetzt oder auf einen anderen Termin vertagt werden. Angesichts der Bedeutung der weiteren Tagesordnungspunkte, insbesondere mit Blick auf die Wahl der ehrenamtlichen Beigeordneten, schlägt Bürgermeister Hoffeld vor, die Sitzung fortzusetzen. Der Stadtrat beschließt mit 33 Ja-, 2 Nein-Stimmen und 2 Enthaltungen, die Sitzung fortzusetzen.

Bei der Besetzung des Jugendhauses Merzig-Jugendnetzwerke e.V. ergibt sich keine Einigung. Die mittels Stimmzettel durchgeführte Wahl hat folgendes Ergebnis: Es werden 36 gültige Stimmen und eine ungültige Stimme abgegeben. Auf die Wahlvorschläge entfallen: Wahlvorschlag CDU: Simon Tinnes, Vertreter: Johannes Ehm: 16 Stimmen; Wahlvorschlag SPD: Caroline Ney, Vertreterin: Martina Holzner: 11 Stimmen; Wahlvorschlag LINKE: Karsten Thomaser, Vertreterin: Hannah Spanier: 9 Stimmen. Somit sind Simon Tinnes (Vertreter: Johannes Ehm) und Caroline Ney (Vertreterin: Martina Holzner) in den Jugendhaus Merzig-Jugendnetzwerke e.V. gewählt.

7 Beschlussfassung über die Zahl der Beigeordneten**2019/124**
ungeändert beschlossen

Fraktionssprecher Borger (Grüne) erklärt, dass seine Fraktion den hauptamtlichen Beigeordneten aufgrund der hohen Kompetenz innerhalb der Verwaltung auf Dauer für überflüssig erachte. Mit Blick auf die Vertretung des Bürgermeisters sehe seine Fraktion hervorragende Fachleute in den Ämtern, die in der Lage seien, den Bürgermeisters qualitativ zu vertreten. Seine Fraktion halte eine zusätzliche Parteiwerbung durch drei ehrenamtliche Beiteordnete, die sich CDU- und SPD-Fraktion teilen würden, auf Kosten der Bürgerinnen und Bürger in der heutigen Zeit für nicht opportun. Vor diesem Hintergrund halte er aktuell neben dem derzeitigen hauptamtlichen Beigeordneten einen ehrenamtlichen Beigeordneten für ausreichend.

Ratsmitglied Manfred Klein (CDU) weist darauf hin, dass die Überstundenvergütung eines Mitarbeiters der Kreisstadt Merzig, der sich fünf Stunden auf einem Altentag aufhalte, ca. fünf Mal 30 bis 35 € betrage, während ein Beigeordneter 25 € als Aufwandsentschädigung erhalte. Allein diese Rechnung mache deutlich, dass das von Ratsmitglied Borger (Grüne) Vorgetragene nicht folgerichtig durchdacht sei.

Beschluss:

Es wird beschlossen, drei ehrenamtliche Beigeordnete zu wählen.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen	Nein-Stimmen	Enthaltungen
30	6	1

8 Wahl der ehrenamtlichen Beigeordneten und Festsetzung der Reihenfolge**2019/125**
ungeändert beschlossen

Bürgermeister Hoffeld erläutert das in der Sitzungsvorlage beschriebene Wahlverfahren. Es liege ein Antrag der Grünen-Fraktion vor, die Namen der Mitglieder der Fraktion „Die Grünen“ nicht auf dem Stimmzettel aufzuführen. Da aber alle Stadtverordneten wählbar seien und Voraussetzung zur Wahl nicht sei, dass der bzw. die Betroffene aus der Mitte des Rates vorgeschlagen werde, seien alle Stadtverordneten auf dem Stimmzettel aufzuführen. Von daher lehne die Verwaltung den Antrag ab.

Als Wahlhelfer werden die Stadtverordneten Simon Tinnés (CDU) und Martin Dyck (SPD) benannt.

Grünen-Fraktionssprecher Borger erinnert mit Blick auf den Wortbeitrag von Ratsmitglied Manfred Klein (CDU) bei TOP 7 daran, dass seine Fraktion angekündigt habe, einen ehrenamtlichen Beigeordneten mitzuwählen. Darüber hinaus habe seine Fraktion beschlossen, dass ihre Liste nicht auf dem Wahlvorschlag stehen solle. Er bitte, dies zu berücksichtigen und die Namen der Grünen-Vertreter vom Stimmzettel zu entfernen. Wie mit den Namen der Grünen-Vertreter umgegangen werde, hätten die Mitglieder seiner Fraktion selbst und nicht der Bürgermeister zu entscheiden.

Wahl des ersten ehrenamtlichen Beigeordneten

CDU-Fraktionssprecher Auweiler schlägt Dr. Manfred Kost (CDU) zur Wahl des ersten ehrenamtlichen Beigeordneten vor. Weitere Vorschläge werden nicht gemacht.

Die nach den Vorschriften des § 46 KSVG mittels Stimmzettel durchgeführte Wahl hat folgendes Ergebnis:

Abgegeben werden 37 gültige Stimmen. Auf den Stadtverordneten Dr. Manfred Kost (CDU) entfallen 28 Stimmen, auf Stadtratsmitglied Lorenz (SPD) 8 Stimmen und auf Ratsmitglied Oehm (SPD) 1 Stimme.

Bürgermeister Hoffeld stellt fest, dass Dr. Manfred Kost (CDU) zum ersten ehrenamtlichen Beigeordneten gewählt ist.

Herr Dr. Kost nimmt die Wahl an und bedankt sich für das ihm entgegengebrachte Vertrauen.

Bürgermeister Hoffeld ernennt Herrn Dr. Kost zum Ehrenbeamten und überreicht ihm die Ernennungsurkunde. Herr Dr. Kost leistet den Diensteid.

Wahl des zweiten ehrenamtlichen Beigeordneten

SPD-Fraktionssprecher Klein schlägt Stadtratsmitglied D'Auria (SPD) zur Wahl des zweiten ehrenamtlichen Beigeordneten vor. Weitere Vorschläge werden nicht gemacht.

Die nach den Vorschriften des § 46 KSVG mittels Stimmzettel durchgeführte Wahl hat folgendes Ergebnis:

Abgegeben werden 37 Stimmen. Davon sind 36 Stimmen gültig, eine Stimme ist ungültig. Von den 36 gültigen Stimmen entfallen auf den Stadtverordneten D'Auria (SPD) 26 Stimmen, auf Stadtratsmitglied Lorenz (SPD) 8 Stimmen sowie auf die Ratsmitglieder Manfred Klein (CDU) und Borger (Grüne) jeweils 1 Stimme.

Bürgermeister Hoffeld stellt fest, dass Giuseppe D'Auria (SPD) zum zweiten ehrenamtlichen Beigeordneten gewählt ist.

Herr D'Auria (SPD) nimmt die Wahl an und bedankt sich für das ihm entgegengebrachte Vertrauen.

Bürgermeister Hoffeld ernennt Herrn D'Auria (SPD) zum Ehrenbeamten und überreicht ihm die Ernennungsurkunde. Herr D'Auria (SPD) leistet den Diensteid.

Wahl der/des dritten ehrenamtlichen Beigeordneten

CDU-Fraktionssprecher Auweiler schlägt Stadtratsmitglied Darimont-Doll (CDU) zur Wahl der dritten ehrenamtlichen Beigeordneten vor. LINKE-Fraktionssprecher Hackenberger schlägt im Namen seiner Fraktion sowie der Grünen, AfD, FWM und der FDP Stadtratsmitglied Lorenz (SPD) vor. Weitere Vorschläge werden nicht gemacht.

Die nach den Vorschriften des § 46 KSVG mittels Stimmzettel durchgeführte Wahl hat folgendes Ergebnis:

Abgegeben werden 37 gültige Stimmen. Davon entfallen auf die Stadtverordnete Darimont-Doll (CDU) 24 Stimmen, auf Stadtratsmitglied Lorenz (SPD) 10 Stimmen sowie auf die Ratsmitglieder Palz (SPD), Thomaser (FDP) und Auweiler (CDU) jeweils 1 Stimme.

Bürgermeister Hoffeld stellt fest, dass Doris Darimont-Doll (CDU) zur dritten ehrenamtlichen Beigeordneten gewählt ist.

Frau Darimont-Doll (CDU) nimmt die Wahl an und bedankt sich für das ihr entgegengebrachte Vertrauen.

Bürgermeister Hoffeld ernennt Frau Darimont-Doll (CDU) zur Ehrenbeamtin und überreicht ihr die Ernennungsurkunde. Frau Darimont-Doll (CDU) leistet den Dienst.

9 Auslagenersatz für die Mitglieder des Stadtrates, die Stadtratsfraktionen, die ehrenamtlichen Beigeordneten, die Ortsratsmitglieder und Ortsvorsteher/innen **2019/123**
ungeändert beschlossen

Auf Nachfrage von Ratsmitglied Görgen (CDU) bestätigt Verwaltungsmitarbeiter Thomas Klein, dass das Ortsratsmitglied, das das Amt des Schriftführers inne hat, pro Sitzung insgesamt 60 € erhält.

Beschluss:

Der Stadtrat nimmt die derzeit gültigen Aufwandsentschädigungen zustimmend zur Kenntnis.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen	Nein-Stimmen	Enthaltungen
35	0	2

10 Mitteilungen, Anfragen und Anregungen

Bürgermeister Hoffeld weist darauf hin, dass der Sitzungsplan für das zweite Halbjahr 2019 um drei Sitzungen ergänzt worden sei. Der Rechnungsprüfungsausschuss werde am 30.09. und am 16.12. beraten; der Werksausschuss komme am 2.12. zusammen.

Vorsitz:

Schriftführung:

Marcus Hoffeld, Bürgermeister

Thomas Klein

Zur Unterzeichnung der Niederschrift werden die Mitglieder Johannes Ehm (CDU) und Caroline Ney (SPD) bestimmt.